



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/93

Berlin

24. Juni 1993

60. Jahrgang

**Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands
Konflikt zwischen sozialen Prioritäten und Systemtransformation?***

ZWEITER ZUSATZBERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, BerlinInstitut für Weltwirtschaft
an der Universität KielInstitut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 9. Februar 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute legen hiermit ihren zweiten Bericht über die Wirtschaft Weißrußlands vor.

*Mit diesem Bericht wird versucht, die im ersten Bericht** vorgenommene Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage Weißrußlands zu aktualisieren. Die Analyse wurde durch die unzureichende statistische Berichterstattung erschwert. Erhebliche Informationslücken sind insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Geldmenge und des Kreditvolumens zu verzeichnen. Daher müssen beträchtliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Ablauf des Transformationsprozesses konstatiert werden. Vor allem die Auswirkungen der Inflation auf die Einkommensverteilung zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren und den sozialen Gruppen sind wegen der lückenhaften Statistik kaum abzuschätzen.*

Entsprechend den Vorstellungen des Auftraggebers ist der Bericht in seinem Umfang knapp gehalten worden. Er konzentriert sich auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformpolitik in Weißrußland.

* Dieser Bericht wird auch als IWH Forschungsreihe 3/1993 veröffentlicht.

** Vgl. *Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Vor der Entscheidung für Marktwirtschaft? Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1992. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 196/1992, und als IWH Forschungsreihe 5/1992 veröffentlicht.*

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Produktion, Beschäftigung, Investitionen, Preise und Löhne

Mehr als ein Jahr nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit Weißrußlands befindet sich die Wirtschaft des Landes weiterhin in einer tiefgehenden Krise. Der Handel mit den übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist stark geschrumpft, die monetären Bedingungen haben sich dramatisch verschlechtert, die Inflationsraten bewegen sich in Richtung Hyperinflation. Das produzierte Nationaleinkommen sank 1992 um 11 vH, wobei es im 4. Quartal des Jahres scheinbar zu einer Stabilisierung kam (Januar bis August 1992: -15 vH). Diese war jedoch nur auf einen Basiseffekt zurückzuführen, da im 4. Quartal 1991 die Produktion im Zusammenhang mit dem Zerfall der Sowjetunion sehr stark zurückgegangen war¹. Im 1. Quartal 1993 wird der Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode mit 14 vH ausgewiesen².

Die Industrieproduktion ging 1992 um knapp 10 vH zurück. Für das 4. Quartal weist die Statistik einen Zuwachs von 1 vH aus, was ebenfalls durch den genannten Basiseffekt zu erklären ist. Deshalb erscheint das Jahresergebnis im Vergleich zu den Perioden davor (Januar bis August 1992: -14 vH) und danach als zu günstig. Für das 1. Quartal 1993 wird der Rückgang der Industrieproduktion gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode mit 16,5 vH angegeben. Besonders stark war der Produktionsrückgang 1992 in den Zweigen, die von Erdöllieferungen aus Rußland abhängig sind. Wegen der rückläufigen Zulieferungen sank die Primärverarbeitung von Rohöl in den Raffinerien gegenüber dem Vorjahr um 42,5 vH, die Produktion der chemischen und petrochemischen Industrie fiel um 16 vH. Die Produktion des Maschinenbaus (-9 vH) entwickelte sich uneinheitlich. Insbesondere bei einigen Investitionsgütern (z.B. im Werkzeugmaschinen- und Landmaschinenbau) waren wegen der gesunkenen Nach-

frage Produktionseinbußen von 25 vH und mehr zu verzeichnen. Auch die Erzeugung der meisten Konsumgüter war rückläufig. Im Zusammenhang mit der Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion konnte lediglich bei einzelnen Erzeugnissen (darunter Waschmaschinen) ein Zuwachs erzielt werden. Die Produktion der Nahrungsmittelindustrie sank um 18 vH. Inkonsistent sind die statistischen Angaben für die Leichtindustrie. Obwohl die Produktion sämtlicher aufgeführter Erzeugnisse mengenmäßig um 10 bis 20 vH sank, wird für den gesamten Industriezweig ein Produktionszuwachs von knapp 4 vH ausgewiesen³. Dies läßt darauf schließen, daß die Statistik durch beträchtliche versteckte Preissteigerungen, d.h. durch eine unzureichende Preisbereinigung, verzerrt wird.

Die Produktion des Agrarsektors ging 1992 um 10 vH zurück. Negativ war die Produktionsentwicklung primär bei den tierischen Erzeugnissen (Milch: -20 vH, Fleisch: -12 vH, Eier: -9 vH). Demgegenüber war die Getreideernte um 14 vH höher als 1991⁴. Die Regierung hat ein umfangreiches Hilfsprogramm beschlossen, durch das die Subventionierung des Agrarsektors nochmals ausgeweitet wird. Bestandteile dieses Programms sind u.a. Kompensationszahlungen aus dem Staatshaushalt zum Ausgleich der Preissteigerungen für Agrartechnik, staatliche Beihilfen für die Käufe von Dünger, Pflanzenschutzmitteln sowie Kraft- und Schmierstoffen, Preisanreize für

¹ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 26. Januar 1993.

² Vgl. Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1993 goda. Minsk 1993, S. 5.

³ Vgl. Gosudarstvennyj komitet Respubliki Belarus' po statistike i analizu: Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 6 ff.; Sovetskaja Belorussija vom 5. Februar 1993; O rabote ..., a.a.O., S. 46, 49.

⁴ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 16 ff.; Sovetskaja Belorussija vom 26. Januar 1993.

Wirtschaftsindikatoren

Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1. Quartal 1993
Produziertes Nationaleinkommen	-3,2	-3,0	-11	-14
Industrieproduktion	2,1	-1,5	-9,4	-16,5
Landwirtschaftliche Produktion	-8,7	-4,9	-10	.
Investitionen	9,0	-8,0	-15	-7
Inbetriebnahme von Anlagevermögen	8,0	-18,0	.	.
Einkommen, nominal, Jahresdurchschnitt	17,7	92,0	720	1 080 ¹⁾
Einzelhandelspreise, Jahresdurchschnitt	4,5	80,3	1 020	820 ¹⁾
Einzelhandelsumsatz, real	14,7	-0,5	-26	16

1) Quartalsdurchschnitt.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 7, 9, 166; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 1 ff.; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1993 goda. Minsk 1993, S. 5 ff.

Industrieproduktion nach Industriebereichen
Veränderungen
gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1991	1992	1. Quartal 1993
Industrie insgesamt	-1	-9,6	-16,5
davon: Elektroenergieerzeugung	0,3	-3,4	-6,2
Brennstoffindustrie	-6	-43,3	-46,6
Eisen- und Stahlindustrie	13	-14,9	-20,1
NE-Metallurgie	1	.	.
Maschinenbau	4	-9,2	1,1
Chemische Industrie	-7	-15,7	-21,8
Holzindustrie	4	-6,0	-5,6
Steine und Erden	0,2	-3,8	-17,0
Leichtindustrie	-0,1	3,7	-9,0
Nahrungsmittelindustrie	-10	-17,6	-13,5

Quellen: Narodnoe chozjajstvo Respubliki Belarus' v 1991 g., Minsk 1992, S. 342; Osnovnye pokazateli raboty narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' za janvar' — dekabr' 1992 goda. Minsk 1993, S. 6; O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1993 goda. Minsk 1993, S. 46.

die Verkäufe von Agrarprodukten an den Staat und die Gewährung von Vorzugstarifen für elektrischen Strom. Außerdem soll die Landwirtschaft massiv mit Krediten gefördert werden⁵.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt sind einstweilen noch gering, jedoch steigt die Arbeitslosigkeit schnell. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Personen ohne Beschäftigung betrug am Jahresanfang 62 000. Daraus ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 1,2 vH. Anerkannte Arbeitslose, d.h. Personen, die länger als drei Monate ohne Beschäftigung waren, gab es zu diesem Zeitpunkt aber nur 24 000. Im Laufe des 1. Quartals 1993 hat sich die Zahl der anerkannten Arbeitslosen mehr als verdoppelt. Anfang April 1993 lag sie bei 52 000⁶. Wegen der fortbestehenden weichen Budgetrestriktionen für die Staatsunternehmen sind Betriebsstillegungen und Massenentlassungen bis jetzt nicht in größerem Umfang zu verzeichnen. Die Betriebe ersetzen immer noch das fehlende soziale Netz. Der Produktionsrückgang ist daher primär mit einem Anstieg der verdeckten Arbeitslosigkeit verbunden. Dies führt zu einem Rückgang der Produktivität und zu einer Kostensteigerung für die Betriebe.

Der Rückgang der Investitionen fiel 1992 in Weißrußland mit 15 vH weit geringer aus als in Rußland (-45 vH). Bedeutsame Faktoren für die unterschiedliche Investitionsentwicklung in beiden Staaten dürften die stabilere politische Lage, die stärkere Investitionslenkung sowie staatliche Liefergarantien in Weißrußland gewesen sein. Merklich verändert hat sich die Investitionsstruktur. Auf Produktionsanlagen entfielen 1992 nur noch 53 vH der Investitionen gegenüber 65 vH 1991. Nach wie vor müssen große Verzögerungen bei der Inbetriebnahme neuen Anlagervermögens konstatiert werden. Die Planungen zur Fer-

tigstellung der als vorrangig angesehenen Investitionsobjekte konnten nur zu 40 vH realisiert werden. Im Wohnungsbau wurden 20 vH weniger Wohnraum fertiggestellt als im Vorjahr⁷.

Die weitgehend staatlich festgelegten Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel (Betriebspreise) lagen im Dezember 1992 um mehr als 4 000 vH über dem Niveau der entsprechenden Vorjahresperiode. Besonders extrem waren die Preissteigerungen in der Brennstoffindustrie, deren Verkaufspreise im Dezember 200mal höher waren als zum gleichen Vorjahreszeitraum. Dieser Preisanstieg erklärt sich durch die Verteuerung der Erdölimporte aus Rußland. Um 8 500 vH stiegen die Abgabepreise der Stromwirtschaft. Den geringsten Preisanstieg verzeichneten die Betriebspreise der Glasindustrie und der Leichtindustrie mit jeweils weniger als 2 000 vH⁸.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten war im *Jahresverlauf* 1992 etwas geringer als in Rußland. Die Verbraucherpreise stiegen von Dezember 1991 bis Dezember 1992 um etwa 2 000 vH (Nahrungsmittel: +2 100 vH, übrige Konsumgüter: +1 800 vH, Dienstleistungen: +1 900 vH). Der Index der Verbraucherpreise für Waren und Dienstleistungen lag im *Jahresdurchschnitt* etwa um 1 000 vH über dem Niveau im Vorjahr. Im 1. Quartal 1993 wurden monatliche Preissteigerungsraten von etwa 30 vH verzeichnet, so daß im März das Preisniveau um 127 vH höher war als im Dezember (Nahrungsmittel: +85 vH, übrige Konsumgüter: +155 vH, Dienstleistungen: +165 vH)⁹. Am 5. April 1993 ist eine Erhöhung der staatlichen Einzelhandelspreise für Brot und Milch um 200 vH und für Butter um 70 vH wirksam geworden. Außerdem sind am 20. April 1993 die Preise für Fleisch und Fleischprodukte angehoben worden¹⁰. Nach wie vor werden die Preise für Grundnahrungsmittel staatlich kontrolliert.

Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter lagen im Dezember 1992 bei 12 400 Rubel, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind sie um 1 000 vH gestiegen. Im Februar 1993 erreichte der Durchschnittslohn 16 250 Rubel. Der Zuwachs der Nominaleinkommen der Beschäftigten war 1992 im *Jahresverlauf* nur halb so hoch wie der Anstieg der Verbraucherpreise¹¹. Im *Jahresdurchschnitt* 1992 betragen die Löhne und Gehälter 4 700 Rubel, der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr belief sich auf 830 vH und lag somit geringfügig unter der Preissteigerungsrate.

⁵ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 23. Februar und 30. März 1993.

⁶ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 49; O rabote ..., a.a.O., S. 37.

⁷ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 30 ff.; Sovetskaja Belorussija vom 3. Februar 1993.

⁸ Vgl. Osnovnye..., a.a.O., S. 44.

⁹ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 42 ff.; O rabote ..., a.a.O., S. 38 f. und 92 ff.

¹⁰ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 7. April 1993 und vom 21. April 1993.

¹¹ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 48.

Preisentwicklung 1993
Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH

	1993			März 1993 zu Dezember 1992
	Januar	Februar	März	
Erzeugerpreise der Industrie	+ 36	+ 42	+ 30	+ 150
Verbraucherpreise	+ 27	+ 33	+ 35	+ 127

Quelle: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — marte 1993 goda, Minsk 1993, S. 38 f.

Über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der staatlichen Unternehmen im Jahr 1992 gibt es kaum aussagefähige Angaben. Die Schere zwischen Preis- und Lohnentwicklung legt die Vermutung nahe, daß sich ihre Profitabilität verbessert hat. Nach den vorliegenden Daten war in der Tat der Zuwachs bei den Gewinnen 1992 höher als der Anstieg der Nominallöhne. Im Jahresverlauf (November 1992 gegenüber November 1991) stiegen sie demnach um 2 800 vH, im Jahresdurchschnitt um 1 100 vH¹². Abgesehen von erheblichen Problemen in der zugrunde liegenden Statistik dürfen derartige Buchgewinne jedoch nicht als Ausdruck volkswirtschaftlicher Effizienz interpretiert werden. Buchgewinne entstehen auch dann, wenn Unternehmen ineffizient produzieren und in großem Umfang Subventionen oder Kredite zu negativen Realzinsen erhalten.

Außenwirtschaftsbeziehungen und Zahlungsbilanz

Der Handel Weißrußlands mit den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken dürfte 1992 nach verschiedenen unveröffentlichten Schätzungen gegenüber 1991 um etwa ein Drittel geschrumpft sein. Dieser deutliche Rückgang ist zum einen auf den Produktionseinbruch bei den Handelspartnern zurückzuführen, der sich durch die engen Lieferbindungen unmittelbar auf die Nachfrage nach weißrussischen Produkten sowie auf die Versorgung der weißrussischen Industrie mit Vorleistungen auswirkte. Zum anderen führte die Unzulänglichkeit des Zahlungsverkehrs zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken zu großen Reibungsverlusten¹³. De facto hat der Rubel seine Zahlungsmittelfunktion im zwischenrepublikanischen Handel weitgehend verloren. Da jede Zentralbank innerhalb der Rubelzone selbst Rubelbuchgeld schaffen konnte, war der Anreiz gering, knappe Güter gegen Rubel zu exportieren¹⁴. Vielfältige Ausfuhrbeschränkungen einzelner Sowjetrepubliken und sogar einzelner ehemaliger Regionen innerhalb der Russischen Föderation sowie eine Bilateralisierung des zwischenrepublikanischen Handels waren die Folge¹⁵. Schließlich können im System der Lieferbindungen auch Preissteigerungen zu dem Handelsrückgang beigetragen haben.

Die Preisstruktur im zwischenrepublikanischen Handel Weißrußlands näherte sich 1992 offenbar den Weltmarktpreisrelationen an. Dies gilt insbesondere für die Preise der aus Rußland bezogenen Energieträger, die nach unveröffentlichten Angaben des Internationalen Währungsfonds Ende 1992 erheblich höher waren als die russischen Inlandspreise (die wiederum real stark gestiegen sind)¹⁶. Beim Übergang von den früheren administrierten zu Weltmarktpreisen muß Weißrußland im zwischenrepublikanischen Handel insgesamt mit einer Verschlechterung seiner Terms-of-Trade um etwa 30 vH rechnen, wenn die Handelsstruktur von Ende der achtziger Jahre zugrunde gelegt wird¹⁷. Ein erheblicher Teil dieser Terms-of-Trade-Verschlechterung dürfte inzwischen eingetreten sein.

Mit wichtigen Handelspartnern in der ehemaligen Sowjetunion hat Weißrußland bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen, die grundsätzlich einen wertmäßig ausgeglichenen Handel und für eine kleine Zahl strategischer Produkte (insbesondere Energieträger und sonstige Rohstoffe) auch staatliche Liefergarantien vorsahen. Die vereinbarten Liefermengen wurden aber vielfach nicht eingehalten. Der weißrussische Warenaustausch mit Rußland wies ein deutliches Defizit auf; der von der Russischen Zentralbank eingeräumte Überziehungskredit im Rahmen der zentralen Handelsverrechnung wurde von Weißrußland durchgängig in Anspruch genommen¹⁸. Wegen der

¹² Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 50.

¹³ Modellrechnungen bestätigen, daß neben dem Produktionseinbruch auch der Zusammenbruch des Zahlungssystems eine eigenständige Ursache des Rückgangs des zwischenrepublikanischen Handels war. Vgl. John Anderson: Changing Trade Patterns in the Former Soviet Union and Their Implications for Payments Arrangements. Paper presented at the Conference on Interpublic Trade and Payments. International Institute for Applied Systems Analysis. Wien, 11.-13. März 1993 (mimeo).

¹⁴ Vgl. Daniel Gros: The Interstate Bank: An End to Monetary Disintegration in the Former Soviet Union? Paper prepared for the Conference on Economic Relations Among the Successor Republics of the USSR. International Institute of Applied Systems Analysis. Wien, 11.-13. März 1993 (mimeo).

¹⁵ Eine detaillierte Analyse der Probleme des zwischenrepublikanischen Handels findet sich bei Constantine Michalopoulos, David Tarr: Trade and Payments Arrangements for States of the Former USSR. Studies of Economies in Transformation, Nr. 2/1992. World Bank, Washington D.C., und Energizing Trade of the States of the Former USSR. Finance and Development, Bd. 30, Nr. 1/1993, S. 22-25.

¹⁶ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Systemtransformation auf dem Rückzug? Zweiter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1993. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 208-209/1993, und IWH Forschungsreihe 3/1993 veröffentlicht.

¹⁷ Vgl. David Tarr: How Moving to World Prices Affects the Terms of Trade in 15 Countries of the Former Soviet Union. Policy Research Working Papers, WPS 1074. World Bank, Washington D.C. 1993, S. 13.

¹⁸ Vgl. Kommersant vom 19.-25. Oktober 1992, S. 29 f. und vom 22.-28. Februar 1993, S. 16; Izvestija vom 16. April 1993.

Bilateralisierung des Zahlungsverkehrs kann Weißrußland sein Handelsbilanzdefizit gegenüber Rußland nicht mit Überschüssen gegenüber den übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken verrechnen¹⁹.

Die Überregulierung und Bilateralisierung des zwischenrepublikanischen Handels könnte durch die Einführung der Währungskonvertibilität in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion überwunden werden²⁰. Damit gäbe es zum einen wieder Anreize für Exporte, da knappe Güter gegen international fungibles Geld getauscht würden. Ausfuhrbeschränkungen könnten dann abgebaut werden. Zum anderen könnte die Abwicklung des Zahlungsverkehrs dezentralisiert und effektiver gestaltet werden. Der jetzt geplante Aufbau einer multilateralen Clearingstelle der GUS-Mitglieder (Zwischenstaatliche Bank) verspricht hingegen wenig Erfolg bei der Stabilisierung des zwischenrepublikanischen Handels. Erfahrungen aus Entwicklungsländern zeigen, daß derartige Zahlungsunionen wenig wirksam sind, wenn einzelne Mitglieder einen strukturellen Handelsbilanzüberschuß gegenüber dem System aufweisen²¹. Dies trifft innerhalb der GUS auf Rußland wegen seiner umfangreichen Ausfuhren von Energieträgern zu²². Sobald die eingeräumten Kreditlinien erschöpft sind, müssen die Defizitländer entweder Zahlungen in konvertibler Währung leisten oder ihre Importe einschränken. Dieser Fall würde bei einer Zahlungsunion der GUS-Mitglieder wahrscheinlich rasch eintreten; eine stabilisierende Wirkung auf den zwischenrepublikanischen Handel ist daher kaum zu erwarten.

Beim Handel mit Drittländern hat Weißrußland 1992 nach unveröffentlichten Schätzungen auf der Basis offizieller Statistiken einen Überschuß von 130 Mill. US-\$ bei Exporten von 920 Mill. US-\$ erzielt. Für das erste Quartal 1993 werden Exporte und Importe von jeweils etwa 180 Mill. US-\$ genannt²³. Wegen Mängel bei der statistischen Erfassung dürfte der tatsächliche Außenhandelswert allerdings um etwa 40 vH über den offiziellen Angaben gelegen haben²⁴. Auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik besteht die starke Diskriminierung der Exporte durch eine Ablieferungspflicht für Exporterlöse zu einem stark überbewerteten Wechselkurs fort. Nicht zuletzt um diese faktische Besteuerung zu umgehen, wird weiterhin knapp die Hälfte des weißrussischen Handels im Barter-Verfahren abgewickelt²⁵.

Ein zusätzliches Problem für die Neustrukturierung des weißrussischen Außenhandels liegt darin, daß bisher der Marktzugang in den wichtigsten potentiellen Abnehmerländern — der Europäischen Gemeinschaft — nicht gewährleistet ist. Zwar gelten seit Januar 1993 für die GUS dieselben allgemeinen Zollpräferenzen wie für die Mehrzahl der Entwicklungsländer. „Sensible“ Produkte etwa im Agrar- und Textilbereich, wo Weißrußland am ehesten über exportfähige Produktionen verfügen dürfte, sind aber hiervon ausgenommen und unterliegen weiterhin mengenmäßigen Beschränkungen²⁶.

Informationen über den weißrussischen Handel mit Deutschland sind nur für den Zeitraum Mai bis Dezember 1992 verfügbar²⁷. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr standen deutschen Einfuhren aus Weißrußland von etwa 250 Mill. DM deutsche Ausfuhren ungefähr in doppelter Höhe gegenüber. Von den deutschen Ausfuhren entfielen etwa 42 vH auf die neuen Bundesländer, während deren Anteil an den Einfuhren lediglich bei gut 7 vH lag. Die deutschen Einfuhren aus Weißrußland umfaßten überwiegend Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse; Enderzeugnisse machten nur knapp 15 vH aus.

Hinsichtlich des weißrussischen Beitrags zur Bedienung der Altschulden der ehemaligen Sowjetunion ist mittlerweile entschieden, daß Weißrußland zugunsten von Rußland auf seinen Anteil am ehemals sowjetischen Auslandsvermögen verzichtet und Rußland im Gegenzug den weißrussischen Anteil an den ehemals sowjetischen Altschulden übernimmt²⁸. Trotz dieser Klärung halten sich neue Kreditzuflüsse bisher in engen Grenzen. Dies dürfte vor allem auf die nur langsam anlaufende Systemtransformation in Weißrußland zurückzuführen sein. So ist der Nutzen von Projektfinanzierungen fraglich, solange die relativen Preise im Inland nicht den Weltmarktrelationen entsprechen und die betriebswirtschaftliche Rentabilität möglicher Projekte nicht die wirklichen Knappheiten von Gütern und Produktionsfaktoren widerspiegelt.

Ausländische Direktinvestitionen fielen bisher ebenfalls niedrig aus. Zwar sind die rechtlichen Rahmenbedingungen inzwischen formal geklärt, doch bestehen in der Praxis zahlreiche Hemmnisse fort. Bemerkenswert ist die bedeutende Rolle kleiner und mittlerer polnischer Unter-

¹⁹ Vgl. Nachrichten für den Außenhandel vom 30. November 1992.

²⁰ Seit kurzem können weißrussische Exporteure 50 vH ihrer Einnahmen in (russischen) Rubeln auf besonderen Auktionen gegen weißrussische Rubel (d.h. Rubel-Guthaben bei weißrussischen Banken) verkaufen. Die restlichen Exporteinnahmen müssen offenbar an die Regierung zum offiziellen Verrechnungskurs von 10:1 abgeliefert werden [Financial and Business News, Nr. 2/1993; vgl. auch Daniel Gros: The Interstate Bank ..., a.a.O., S. 23].

²¹ Vgl. Rolf J. Langhammer, Ulrich Hiemenz: Regional Integration among Developing Countries. Opportunities, Obstacles and Options. In: Kieler Studien, Nr. 232. Tübingen 1990, S. 26.

²² Vgl. Izvestija vom 16. April 1993.

²³ Vgl. O rabote ..., a.a. O., S. 28.

²⁴ Vgl. Waldemar Lichter: Weißrußland am Jahreswechsel 1992/1993. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Wirtschaftslage, Nr. 1103/1993.

²⁵ Vgl. O rabote ..., a.a.O., S.28.

²⁶ Vgl. Erich Gundlach, Ulrich Hiemenz, Rolf J. Langhammer, Peter Nunnenkamp: Regional Integration in Europe and Its Impact on Developing Countries. Institut für Weltwirtschaft. Kiel 1993 (mimeo), S. 17 ff.; Handelsblatt vom 11. März 1993.

²⁷ Vgl. Maschinentabellen des Statistischen Bundesamtes.

²⁸ Vgl. World Bank, World Debt Tables, Bd. 1. Washington D.C. 1992, Tabelle 2.4.

nehmen der Leichtindustrie unter den gegenwärtig aktiven Direktinvestoren²⁹. Diese nutzen offenbar bei sehr kurzen Amortisationszeiträumen für das eingesetzte Kapital den Lohnkostenunterschied zu ihrem Heimatland für exportorientierte Produktionen³⁰. Größere Direktinvestitionen, die einen bedeutenden Beitrag zu der notwendigen Umstrukturierung der weißrussischen Industrie leisten könnten, erfordern aber einen längeren Zeithorizont und daher eine klare Perspektive für marktwirtschaftliche Reformen.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte

Die fortschreitende Inflation und eine angespannte Versorgungslage bei Verbrauchsgütern und Dienstleistungen bestimmen weiterhin die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte. Die Geldeinkommen der privaten Haushalte (vor allem Löhne und Gehälter zuzüglich Transferzahlungen) erhöhten sich im Jahr 1992 nominal um etwa 700 vH gegenüber dem Vorjahr und stiegen damit etwa um ein Drittel langsamer als das Preisniveau. Die Geldeinkommen wuchsen langsamer als die Löhne und Gehälter, weil die Renten und andere Sozialleistungen nur verzögert der Lohnentwicklung angepaßt wurden. Im Verlauf des Jahres zeigten sich sowohl eine zunehmende Dynamik als auch ein verstärktes Auseinanderdriften von Geldeinkommens- und Preisentwicklung. So stiegen im Monat Dezember 1992 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat die Einkommen um etwa 1 200 vH, der Preisindex dagegen um knapp 2 000 vH³¹. Obwohl die Zahlen für das erste Quartal 1993 eine veränderte Relation zeigen (die Einkommen stiegen um etwa 1 000 vH, die Preise um etwa 800 vH im Vergleich zum Vorjahreszeitraum³²), ist daraus keine Trendwende abzuleiten. Diese Entwicklung ist untypisch und in erster Linie auf den großen Preissprung Anfang 1992 zurückzuführen. In den Angaben zur Einkommensentwicklung sind die von den Haushalten empfangenen Sachleistungen, die von den Unternehmen gewährt wurden, nicht enthalten. Deshalb können keine Angaben zur tatsächlichen Realeinkommensentwicklung gemacht werden.

Die Regierung hält daran fest, die Einkommensentwicklung zu kontrollieren und nutzt dazu das im Vorjahr eingeführte System einer partiellen Einkommensindexierung auf der Grundlage der Preisentwicklung. Die Mehrheit der Betriebe kann zwar nach wie vor die Löhne selbständig festlegen, wobei allerdings der Minimallohn garantiert sein muß. Für die haushaltsfinanzierten Organisationen, Ämter und Betriebe wurde dagegen ein einheitliches Tarifsysteem, gestaffelt in 28 Vergütungsgruppen entsprechend der Qualifikation und Verantwortung, eingeführt. Die Indexierung der Löhne bezieht sich auf den Minimallohn und die Grundvergütung im Rahmen des einheitlichen Tarifsystems, wobei unterschiedliche Indexierungskoeffizienten für die einzelnen Vergütungsgruppen festgelegt wurden. Das Grundprinzip besteht darin, daß nur die unteren Einkommen indexiert werden. Der Minimallohn wurde ab

1. April von 3 000 Rubel auf 4 500 Rubel erhöht; die Grundvergütung des einheitlichen Tarifsystems stieg von 3 600 Rubel auf 5 000 Rubel³³.

Die Lohndifferenzierung entspricht im wesentlichen noch den aus der Planwirtschaft übernommenen Strukturen. Das einheitliche Tarifsysteem und die Lohnindexierung haben gesamtwirtschaftlich zu einer weiteren Nivellierung der Löhne geführt. Die Löhne und Gehälter in der Forstwirtschaft, im Post- und Fernmeldewesen, im Bildungswesen und in den kulturellen Bereichen weisen Abweichungen vom Durchschnittslohn von weniger als 20 vH auf³⁴. In der Landwirtschaft ist die Lohnentwicklung zurückgeblieben. 1991 noch im Durchschnitt der Volkswirtschaft gelegen, erreichte im Februar 1993 die Vergütung der Kolchosmitglieder nur noch 59 vH, die der Landwirtschaft insgesamt nur 64 vH des Durchschnittslohns. Auf der anderen Seite weisen die Löhne im Bankwesen die höchsten Zuwachsraten auf und kletterten bis Februar 1993 auf etwa 43 000 Rubel, das sind 270 vH des volkswirtschaftlichen Durchschnitts. In der öffentlichen Verwaltung werden die zweithöchsten Löhne gezahlt (etwa 140 vH der Durchschnittslöhne).

Renten, Stipendien und die Sozialleistungen des Staates werden ebenfalls in gewissem Umfang der Preisentwicklung angepaßt. Das System der staatlichen Stipendien wurde im November 1992 neu geregelt³⁵. Die Stipendien werden u.a. nach Hoch- und Fachschulen, sozialen Schichten sowie Studienleistungen abgestuft. Generell wurden die Stipendien am 1. Januar 1993 um 50 vH erhöht, und am 1. April 1993 wurde die absolute Stipendienhöhe an den Mindestlohn angekoppelt³⁶. Die Renten werden auf der Grundlage der Lohnentwicklung regelmäßig angepaßt, jedoch mit Verzögerungen³⁷. Ab April 1993 wurden die finanziellen Zuwendungen für Familien mit Kindern in Abhängigkeit von der Preisentwicklung gleichfalls erhöht³⁸.

Das Bemühen der Regierung, die sozialen Folgen der Inflation zu mildern, führte zu einem enormen Finanzbedarf.

²⁹ Bis Januar 1993 wurden insgesamt 714 Joint Ventures registriert, von denen 313 ein polnisches Partnerunternehmen hatten. Auf deutsche Partnerfirmen entfielen 113 Joint Ventures; US-Firmen waren in 62 Gemeinschaftsunternehmen vertreten. Außerdem waren 116 Tochterfirmen ausländischer Unternehmen ohne weißrussische Beteiligung registriert; über deren Herkunftsländer liegen keine Informationen vor [Ostwirtschaftsreport vom 2. April 1993].

³⁰ Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 4. Januar 1993.

³¹ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 3, 42.

³² Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 7.

³³ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 5. Januar 1993 und vom 24. März 1993.

³⁴ Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 48; O rabote ..., a.a.O., S. 35 f. und eigene Berechnungen.

³⁵ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 12. November 1992.

³⁶ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 7. April 1993.

³⁷ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 17. März 1993.

³⁸ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 7. April 1993.

Nach Angaben des Ministerpräsidenten Kebitsch werden etwa 70 vH der Haushaltsausgaben für soziale Leistungen sowie für Preissubventionen für Lebensmittel, kommunale Dienstleistungen und Transport aufgewendet. Deshalb will die Regierung in Zukunft die Sozialpolitik auf subjektgebundene Transfers umstellen³⁹. Dazu liegen jedoch noch keine verbindlichen Festlegungen vor.

Die Einzelhandelspreise, vor allem für Grundnahrungsmittel, unterliegen nach wie vor einer strengen staatlichen Regulierung. Sie werden durch Regierungsbeschlüsse regelmäßig verändert. Mittelfristig ist es das erklärte Ziel der weißrussischen Regierung, die Preise schrittweise dem Aufwand anzunähern und gleichzeitig die Subventionen und die hohen sozialen Unterstützungen einzuschränken. Zur Sicherung der Grundversorgung werden für einige Nahrungsmittel Talons ausgegeben. Der Erwerb von Nahrungsmitteln ist nur gegen weißrussische Rubel möglich, deren Ausgabe jedoch rationiert ist⁴⁰. Das bedeutet, daß auch der Erwerb subventionierter Nahrungsmittel einer Rationierung unterliegt.

Trotz erheblicher Preiserhöhungen ist keine Verbesserung der Versorgung eingetreten. Die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln läßt Versorgungslücken fortauern. Außerdem bestehen nach wie vor Defizite bei vielen Konsumgütern⁴¹. Der Einzelhandelsumsatz erreichte 1992 in konstanten Preisen nur 74 vH des Vorjahresniveaus; die Dienstleistungen gingen auf 72 vH zurück⁴². Am Umsatz des Handels waren zu 48 vH staatliche Betriebe, zu 32 vH Kooperativen und zu 20 vH Pachtbetriebe und andere Eigentumsformen beteiligt⁴³. Vergleichsweise niedrige Bestände an Lebensmitteln im Handel lassen verstärkte Versorgungsprobleme im 2. Quartal 1993 erwarten⁴⁴.

Hinsichtlich des sozialen Sicherungssystems sind seit der letzten Berichterstattung keine Veränderungen bekannt geworden⁴⁵. Die weitere Zuspitzung der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Probleme macht die Veränderung des Finanzierungssystems des Renten-, Sozialversicherungs- und Beschäftigungsfonds jedoch noch dringlicher.

Stand der Reformen

Öffentliche Haushalte

Über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Weißrußland liegen nur sehr fragmentarische statistische Informationen vor. Weder der Abschluß des Budgets im Haushaltsjahr 1992 noch der Haushaltsentwurf für das Jahr 1993 waren verfügbar. Das vorhandene Material beschränkt sich auf Daten für einzelne Haushaltspositionen, die primär in Tageszeitungen abgedruckt wurden. Eine systematische Analyse läßt die lückenhafte statistische Basis nicht zu.

Die Haushaltsplanungen für das Jahr 1993 sehen insgesamt Einnahmen in der Höhe von 1 120 Mrd. Rubel vor⁴⁶. Im ersten Quartal 1993 betragen die tatsächlichen Steuer-

einnahmen 280,1 Mrd. Rubel. Die Einnahmenstruktur des Staatshaushaltes hat sich im genannten Zeitraum im Vergleich zu den Haushaltsplanungen 1992 nur geringfügig gewandelt⁴⁷: Mehrwertsteuer und Akzisen machten zusammen etwa 45 vH der Gesamteinnahmen aus. Weitere wichtige Einnahmenquellen waren die von den Betrieben zu zahlende Gewinnsteuer (etwa 25 vH der Gesamteinnahmen), die „Tschernobylsteuer“ (etwa 8 vH) und die persönliche Einkommensteuer (etwa 7 vH)⁴⁸.

Nicht zuletzt wegen der komplizierten Steuergesetzgebung, der zu erwartenden technischen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der ständigen Veränderungen der Bemessungsgrundlagen und der Steuersätze sowie einer abnehmenden Steuermoral werden wahrscheinlich auch 1993 nicht unerhebliche Einnahmeausfälle eintreten. Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Januar 1993 um drei Prozentpunkte auf 25 vH ging mit der Einführung einer zusätzlichen Abführungspflicht in der Höhe von 3 vH des Umsatzes in den außerbudgetären Fonds zur Stabilisierung der Einzelhandelspreise einher⁴⁹. Die Einnahmehbasis des Staatshaushalts wird zudem durch die zuletzt quartalsweise Anpassung der steuertariflichen Einkommensklassen in der stufenweise progressiv ausgestalteten persönlichen Einkommensteuer berührt. Seit dem 1. April 1993 ist ein monatliches Einkommen von bis zu 4 500 Rubel steuerfrei⁵⁰; der darüber hinausgehende Betrag ist bis zu einer Grenze von 45 000 Rubel mit 12 vH zu versteuern. Auf die folgenden Einkommensspannen von je 22 500 Rubel wird ein marginaler Steuersatz von 15, 20 bzw. 30 vH angewandt. Monatliche Einkommen von mehr als 112 501 Rubel werden mit einem marginalen Steuersatz von 60 vH und einem Pauschbetrag von 19 485 Rubel belastet⁵¹. Der Inflationsbekämpfung soll eine von den Betrieben zu zahlende Strafsteuer dienen, die fällig wird, wenn tatsächlich gezahlte Löhne und Gehälter den fünffachen Minimallohn übersteigen⁵². Sie entspricht dem

³⁹ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 19. März 1993.

⁴⁰ Vgl. Abschnitt Geld- und Währungspolitik sowie Sovetskaja Belorussija vom 7. und 21. April 1993.

⁴¹ Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 31.

⁴² Vgl. Osnovnye ..., a.a.O., S. 38 ff.

⁴³ Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 29.

⁴⁴ Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 31.

⁴⁵ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O., S. 686 f.

⁴⁶ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 14. Januar 1993.

⁴⁷ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O., S. 682.

⁴⁸ Vgl. O rabote ..., a.a.O., S. 33.

⁴⁹ Vgl. Ekonomičeskie novosti, Nr. 5/1993, S. 3.

⁵⁰ Vgl. zur Einkommensentwicklung Abschnitt Produktion, Beschäftigung, Investitionen, Preise und Löhne und Kapitel: Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte.

⁵¹ Vgl. Sovetskaja Belorussija vom 3. April 1993.

⁵² In die Berechnung werden weiterhin je nach Tätigkeit und Branche spezifische Koeffizienten miteinbezogen.

Gewinnsteuersatz von 30 vH⁵³. Diese Strategie dürfte allerdings kaum zur Inflationsbekämpfung beitragen, da die Lohnentwicklung nicht die primäre Inflationsursache ist.

Die Ausgabenseite des geplanten Staatshaushalts 1993 ist entsprechend der wirtschaftspolitischen Ziele der weißrussischen Regierung von Ausgaben für Preissubventionen, für staatliche Förderprogramme insbesondere zur Unterstützung der Landwirtschaft, für die soziale Sicherung der Bevölkerung und zur Beseitigung der Tschernobylschäden dominiert. Die offensichtlich weiterhin als zentrale sozialpolitische Komponente bewertete staatliche Preisregulierung vor allem für Grundnahrungsmittel, öffentliche Verkehrsmittel u.a. läßt inflationsbedingt den Subventionsbedarf ständig steigen. Aussagen über die reale Entwicklung des Subventionsvolumens sind aufgrund der vorliegenden lückenhaften statistischen Angaben nicht möglich.

Nach wie vor haben Staatseingriffe in Form von Investitionsprogrammen, Staatsaufträgen und gezielten Förderprogrammen in Weißrußland eine große Bedeutung. Allein zur Durchführung des geplanten Förderprogrammes für die Landwirtschaft sind mehr als 20 vH der mit 1 310 Mrd. Rubel bezifferten Gesamtausgaben des Staatshaushalts vorgesehen⁵⁴. Das für die Beseitigung der Tschernobylschäden vorgesehene Ausgabenvolumen (etwa 10 vH der Gesamtausgaben) soll zu einem großen Teil für den Wohnungsbau verwandt werden. Anders als im Vorjahr kann Weißrußland nicht mit einer finanziellen Beteiligung bei der Beseitigung der durch die Reaktorkatastrophe entstandenen Schäden von Seiten der GUS rechnen.

Offensichtlich ist das Haushaltsdefizit im Verlauf des Jahres 1992 — wie bereits im Herbst konstatiert — zunehmend außer Kontrolle geraten⁵⁵. Die zahlreichen Haushaltsanpassungen im Jahre 1992 weisen darauf hin, daß die zu Beginn dieses Jahres geplante Defizitbegrenzung auf 2 vH des BIP weit verfehlt wurde⁵⁶. Für das Jahr 1993 sehen die Haushaltsplanungen ein Defizit in der Höhe von 190 Mrd. Rubel — das sind nach den zugrunde gelegten Schätzungen etwa 6 vH des Bruttoinlandsprodukts — vor. Wie realistisch diese Planung ist, läßt sich erst dann besser beurteilen, wenn das tatsächliche Defizit für 1992 ausgewiesen wird.

Bereits jetzt wird in den offiziellen Verlautbarungen immer wieder darauf hingewiesen, daß im Falle eines Zielkonflikts zwischen Sozialpolitik und Defizitbegrenzung wahrscheinlich einer haushaltsfinanzierten Sozialpolitik der Vorrang eingeräumt werden wird. Symptomatisch für eine versteckte Erhöhung der Haushaltsausgaben scheint — ähnlich wie in der Russischen Föderation — eine zunehmende Aufgaben- und Ausgabenüberwälzung auf außerbudgetäre Fonds. Da ein funktionierender Kapitalmarkt in Weißrußland nicht existiert, erfolgt die Finanzierung des Haushaltsdefizits in erster Linie über Vergabe von Zentralbankkrediten, womit die Inflation angeheizt wird.

Der finanzpolitische Kurs der weißrussischen Regierung hat sich seit dem Herbst 1992 nicht fundamental gewandelt. Der Wunsch, Verteilungszielen ein großes Gewicht zukommen zu lassen, dominiert die wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Durch die bestehende enge Verknüpfung von Staats-, Banken- und Unternehmenssektor ist sowohl dem Staat wie den Betrieben nach wie vor eine Kalkulation unter einer weichen Budgetrestriktion möglich. Es wird weiterhin der Illusion nachgehungen, Sozialpolitik durch haushaltsfinanzierte Preissubventionen und weiche Budgetrestriktionen betreiben zu können. In der Praxis führt diese Politik jedoch vor allem zu einer Zunahme der Geldemission und damit letztendlich in die Hyperinflation. Deshalb sind die tatsächlichen Verteilungswirkungen dieser Politik mit Sicherheit negativ. Verschlechterungen der Realeinkommen treten vor allem bei ärmeren Bevölkerungsschichten auf, die sich nicht gegen die Inflation schützen können.

Geld- und Währungspolitik

Die Geldpolitik der weißrussischen Zentralbank ist unverändert von negativen Realzinssätzen geprägt und im wesentlichen identisch mit der Politik der russischen Zentralbank. Im Januar 1993 vergaben die weißrussischen Geschäftsbanken 93 vH aller Kredite zu jährlichen Zinssätzen von weniger als 50 vH; entsprechend niedrig wurden Spareinlagen bei den Banken verzinst. Selbst langfristige Kreditverträge von über drei Jahren wurden überwiegend zu Zinssätzen von weniger als 40 vH abgeschlossen⁵⁷. In den ersten drei Monaten des Jahres 1993 lag die monatliche Inflationsrate bei rund 30 vH. Angesichts der extrem negativen Realzinssätze ist zu vermuten, daß die weißrussische Zentralbank von ihrem Recht Gebrauch macht, die Zinspolitik der Geschäftsbanken direkt zu beeinflussen, indem sie die Obergrenzen für die Soll- und Habenzinssätze der Banken festsetzt. Darüber hinaus wird der staatliche Einfluß auf das Bankensystem dadurch garantiert, daß die bestehenden Geschäftsbanken nicht privatisiert werden, und daß keine Maßnahmen ergriffen werden, die zur Aufhebung der marktbeherrschenden Stellung der ehemaligen Spezialbanken beitragen könnten. Im vergangenen Jahr ist es in Weißrußland — anders als in Rußland — kaum zu Gründungen neuer Geschäftsbanken gekommen.

Statistische Angaben über die Entwicklung geldpolitischer Indikatoren in Weißrußland liegen nicht vor. Inoffiziellen Quellen zufolge ist jedoch die Kreditpolitik der weißrussischen Zentralbank in der Regel den Vorgaben der russischen Zentralbank aus Moskau gefolgt, so daß sich die Geldmenge M2 Weißrußlands bis Ende 1992 auf das 7- bis

⁵³ Vgl. *Sobranie postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus'*, Nr. 2-3/1993, S. 52 f.

⁵⁴ Vgl. *Sovetskaja Belorussija* vom 23. Februar 1993.

⁵⁵ Vgl. *Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ...*, a.a.O., S. 682.

⁵⁶ Vgl. IMF: *Belarus-Economic Review*. Washington D.C.1992, S. 12.

⁵⁷ Vgl. *Bankovskij Vestnik*, Nr. 1/1993, S. 104-105.

8-fache ihres Niveaus von Ende 1991 erhöht haben dürfte⁵⁸. Analog zu der Politik Rußlands sind Zentralbankkredite vor allem an Staatsbetriebe vergeben worden. Letztlich stellen die zu negativen Zinsen an die Staatsbetriebe vergebenen Kredite, mit denen die Unternehmen ihre Schulden bei anderen Unternehmen begleichen oder ihre Umlaufvermögen aufstocken können, (indirekte) Subventionen dar. Diese indirekten Subventionen führen zu weichen Budgetrestriktionen der Betriebe und verzögern notwendige strukturelle Anpassungen der Unternehmen.

Die weißrussische Zentralbank ist, wie im ersten Bericht bereits ausgeführt, für die Durchführung der Geld- und Kreditpolitik zuständig; sie vergibt Lizenzen für in- und ausländische Banken und legt Liquiditäts- und Eigenkapitalrichtlinien für die Geschäftsbanken fest. Offiziell ist die Zentralbank von Weisungen der Regierung unabhängig, hinsichtlich der Wechselkurspolitik führt sie allerdings nur die Beschlüsse des Parlaments aus. Kredite an den Staatshaushalt dürfen 5 vH des Bruttosozialproduktes im jeweiligen Finanzjahr nicht überschreiten⁵⁹. Fraglich ist allerdings, ob diese Regelung angesichts des außer Kontrolle geratenen Haushaltsdefizits tatsächlich greift. Zudem ist die stabilitätspolitische Wirkung dieser Regelung zweifelhaft, wenn die Zentralbank in großem Umfang Kredite direkt an die Staatsunternehmen vergibt.

Die bereits im Mai 1992 parallel zum russischen Rubel in Umlauf gebrachten weißrussischen Rubel⁶⁰ sind am 10. November 1992 zum allein gültigen Zahlungsmittel für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak erklärt worden⁶¹. Diese Maßnahme war eine Reaktion auf den Zustrom von 2 Mrd. russischer Rubel nach Weißrußland allein im Oktober 1992 aufgrund der niedrigen Preise für die betroffenen Güter. Löhne wurden zunächst zu 80 vH in weißrussischen Rubel ausgezahlt; bereits im Dezember 1992 wurde dieser Anteil auf 60 vH gesenkt⁶². Mit der Einschränkung des Verkaufs heimischer Waren gegen russische Rubel ist Weißrußland de facto aus der Rubelzone ausgetreten, obwohl die Regierung offiziell an dem Währungsverbund festhält⁶³.

Mit der Einführung des weißrussischen Rubels als Parallelwährung zum russischen Rubel konnte das Problem des Bargeldmangels zwar für Transaktionen innerhalb Weißrußlands entschärft werden. Der Handel Weißrußlands mit den übrigen Republiken wird aber noch immer durch ungeklärte Fragen des interrepublikanischen Zahlungsverkehrs behindert. Pläne zur Errichtung einer zwischenstaatlichen Bank, die ein multilaterales Clearing ermöglichen soll, sind über die Unterzeichnung eines entsprechenden Vertragstextes in Minsk am 22. Januar 1992 kaum hinausgekommen⁶⁴. Das bestehende bilaterale Verrechnungssystem wird ausschließlich über Korrespondenzkonten der Zentralbanken abgewickelt. Im Rahmen dieses bilateralen Clearings hatte Moskau den ehemaligen Unionsrepubliken Kreditrahmen zur Finanzierung ihrer Handelsdefizite mit Rußland eingeräumt⁶⁵. Nachdem Weißrußland Ende 1992 seine Kreditlinie bei der russischen Zentralbank ausgeschöpft hatte, ist die weißrussische Zentralbank

dazu übergegangen, das Recht auf Importe gegen russische Rubel an heimische Unternehmen zu versteigern⁶⁶. Auf diesen Rubel-Auktionen wurde im März 1993 ein Kurs von 1,2 bis 1,4 weißrussische Rubel für einen russischen Rubel zugrunde gelegt⁶⁷, worin die negative Handelsbilanz Weißrußlands gegenüber Rußland zum Ausdruck kommt.

Russisches Bargeld wird offiziell innerhalb Weißrußlands zum Kurs 10:1 pro weißrussischem Rubel eingetauscht. Die Politik der weißrussischen Zentralbank, Beträge von monatlich mehr als 5 000 weißrussische Rubel nur gegen Zahlung erheblicher Gebühren an Private auszugeben, bedeutet de facto eine Stützung des Kurses des weißrussischen Rubels. Bei der Verrechnung ausländischer Währungen wendet Weißrußland subventionierte

⁵⁸ Die gesamten Aktiva der weißrussischen Geschäftsbanken betragen Ende 1992 800 Mrd. Rubel, was etwa 40 vH der Aktiva russischer Geschäftsbanken entspricht; vgl. Bankovskij Vestnik, Nr. 1/1993, S. 5-6.

⁵⁹ Vgl. Bankovskij Vestnik, Nr. 1/1993, S. 19-34.

⁶⁰ Offiziell werden die weißrussischen Rubel „Verrechnungsschecks“ der weißrussischen Zentralbank genannt, deren Kurs auf einen weißrussischen Bargeld-Rubel für 10 russische Rubel festgesetzt wurde [Bankovskij Vestnik, Nr. 1/1993]. Jeder Weißrusse kann monatlich maximal 5 000 weißrussische Rubel zu diesem Kurs erhalten, größere Geldbeträge können nur zu Gebühren von bis zu 50 vH der umgetauschten Summe gewechselt werden. Eine Unterscheidung zwischen russischem und weißrussischem Giralgeld bestand zunächst nicht, so daß der implizite Umrechnungskurs für Bankguthaben 1:1 betrug.

⁶¹ Vgl. The Economic Intelligence Unit, EIU Country Report Ukraine, Belarus, Moldova: Analysis of economic and political trends every quarter, Nr. 4/1992, S. 55.

⁶² Vgl. Bankovskij Vestnik, Nr.1/1993, S. 9-13.

⁶³ Andere Quellen berichten von Plänen der weißrussischen Zentralbank, bis März 1993 eine eigene Währung einzuführen; vgl. VWD-Osteuropa vom 26. Februar 1993, S. 3.

⁶⁴ Vgl. Anders Aslund: The Nature of the Transformation Crisis in the Former Soviet Countries, Paper presented at the conference „Overcoming the Transformation Crisis“. Kiel, 22.-23. April 1993, mimeo, S. 19. Aslund sieht mangelndes Vertrauen zwischen den Republiken als ein entscheidendes Hindernis für ein effizienteres zwischenstaatliches Verrechnungssystem und die Einrichtung einer multilateralen Clearingstelle.

⁶⁵ Vgl. Linda S. Goldberg, Bary Ickes und Randi Rytermann: Departures from the Ruble Area: The Political Economy of Adopting Independent Currencies. Paper prepared for the conference „Markets, States and Democracy: The Transformation of Communist Regimes in Eastern Europe and the former Soviet Union“. University of California at Berkeley, Februar 1993, mimeo, S. 10.

⁶⁶ Das Angebot an russischen Rubel auf diesen Auktionen stammt aus den Erlösen weißrussischer Exporteure, die ihre Einnahmen offiziell bei der weißrussischen Zentralbank abliefern müssen. An den Auktionen dürfen nur Banken teilnehmen, die eine besondere Lizenz für das Geschäft mit Fremdwährungen haben.

⁶⁷ Vgl. Daniel Gros: The Interstate Bank ..., a.a.O., S. 23. Bei weißrussischen Rubel-Guthaben handelt es sich um Rubel-Guthaben auf Konten bei weißrussischen Banken.

Wechselkurse für ausländische Investitionen und für staatliche Importe an⁶⁸.

Das resultierende System multipler Wechselkurse bietet eine Vielzahl von Arbitragemöglichkeiten und erfordert zudem die Trennung von Bar- und Giralgeld für Unternehmen, d.h. Giralgeldguthaben können nicht uneingeschränkt in Form von Bargeld ausgezahlt werden. Um die aus Weißrußlands derzeitiger Politik multipler Wechselkurse und der Trennung von Bar- und Giralgeldkreisläufen resultierenden Ineffizienzen im Geldwesen zu beseitigen, ist eine klare Entscheidung für ein bestimmtes Wechselkursregime erforderlich. Die Einführung einer eigenen Währung kann dabei zu einem effizienteren interrepublikanischen Verrechnungssystem beitragen. Korrespondenzkonten sollten auch bei Geschäftsbanken eingerichtet werden; die zwischenstaatliche Bank sollte allein Verrechnungsfunktionen erhalten und nicht — wie bei dem Vorbild der westeuropäischen Zahlungsunion — Handelskredite vergeben.

Der ordnungspolitische Rahmen in Weißrußland

Die ordnungspolitische Bestandsaufnahme für Weißrußland im November 1992 hatte gezeigt, daß wichtige Reformschritte zur marktwirtschaftlichen Transformation des Landes fehlten⁶⁹. Dieser Befund hat sich bis zum Mai 1993 nicht geändert. Bemühungen, die zentrale staatliche Lenkung der Wirtschaft aufrechtzuerhalten, hatten Priorität gegenüber marktwirtschaftlichen Reformen. Dies ist in den vorangegangenen Abschnitten für die Bereiche Produktion, Außenhandel und Finanzmärkte deutlich geworden.

Darüber hinaus ist bisher die kleine und große Privatisierung nicht in Gang gekommen, obwohl der Oberste Sowjet Weißrußlands am 19. Januar 1993 das „Gesetz über die Entstaatlichung und die Privatisierung staatlichen Eigentums“ verabschiedet hat. Dieses Privatisierungsgesetz sieht vor, daß der Ministerrat auf staatlicher Ebene und die Volksdeputiertenräte auf regionaler Ebene Privatisierungsprogramme ausarbeiten, die detailliert die Ziele, Aufgaben und Abfolge des Privatisierungsprozesses enthalten sollen. Auf den verschiedenen Ebenen sollen Privatisierungskommissionen — bestehend aus Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Steuerinspektion, der „Privatisierungsorgane“ und der Arbeitskollektive — eingesetzt werden, die für die technische Abwicklung der Privatisierung zuständig sind, etwa für den Verkauf der Privatisierungsobjekte im Rahmen offener Auktionen. Es ist beabsichtigt, Arbeitskollektiven beim Erwerb ihres Unternehmens einen Rabatt von 20 vH einzuräumen. Das Gesetz sah ursprünglich auch vor, daß die Privatisierung neben dem Kauf durch unentgeltlichen Erwerb erfolgen sollte. Danach sollten 60 vH des Staatsvermögens über kostenlose Privatisierungsgutscheine an die weißrussischen Bürger verschenkt werden; die Bildung von Investitionsfonds war vorgesehen. Jedoch wurde im Februar 1993 diese Regelung vom Obersten Sowjet aufgehoben.

Weitere Restriktionen für den Privatisierungsprozeß bestehen darin, daß die für den 1. April 1993 angekündigten Privatisierungsprogramme nicht vorgelegt wurden — als neuer Termin wurde Mai 1993 genannt — und damit auch eine Aufstellung der zu privatisierenden Objekte fehlt; als hinderlich dürfte sich auch das erklärte Ziel erweisen, die Belegschaften der zu privatisierenden Unternehmen sozial abzusichern, was auf Beschäftigungsgarantien hinauslaufen könnte⁷⁰. Trotz dieser Ungewißheiten wird von der weißrussischen Regierung als kurzfristiges Privatisierungsziel die Entstaatlichung von etwa 17 vH der Betriebe bis Ende 1993 genannt.

Weiterhin soll es im Laufe dieses Jahres möglich werden, Grund und Boden langfristig zu pachten (99 Jahre), während der private Erwerb untersagt bleiben soll⁷¹. Im Bereich der Landwirtschaft soll die Gründung privater Betriebe gefördert werden, von denen es bislang 1 000 bis 2 000 gibt. Allerdings wurden diese Betriebe bei der Versorgung mit Boden, Vorprodukten und Krediten bis in die jüngste Vergangenheit systematisch benachteiligt⁷².

Offensichtlich ist nicht vorgesehen, daß der notwendige Strukturwandel in der weißrussischen Industrie allein im Rahmen der Privatisierung geschehen soll. Zusätzlich wurde ein staatliches Programm zur industriellen Restrukturierung ausgearbeitet, das Maßnahmen vorsieht, die auf eine Erhöhung der Disziplin in den Unternehmen, auf die Verbesserung der Produktqualitäten und auf einen Abbau der Verflechtungen mit der russischen Wirtschaft zielen. Dieses Programm ist jedoch bisher nicht vom Parlament beschlossen worden. Auch ist die Finanzierung dieses Programms unklar, da der weißrussische Staatshaushalt wohl nur 25 vH der wahrscheinlichen Kosten tragen kann⁷³. In dieses Bild staatlicher Wirtschaftslenkung fügt sich der im Januar 1993 vom Obersten Sowjet verabschiedete Wirtschaftsplan ein, der die Beibehaltung staatlicher Kontrollen in weiten Bereichen der Wirtschaft vorsieht. Danach sollen u. a. weiterhin 53 vH der Einzelhandelspreise staatlich fixiert und mehr als 50 vH der Produktion durch obligatorische Staatsaufträge abgedeckt werden⁷⁴. Im Widerspruch zu diesem Plan steht die Absicht der Regierung, im Verlauf des 1. Halbjahrs 1993 die Preisreform in Angriff zu nehmen und bis zum Ende des Jahres die Preise vollständig freizugeben⁷⁵.

⁶⁸ Vgl. Waldemar Lichter: Weißrußland am Jahreswechsel ..., a.a.O., S. 23.

⁶⁹ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands ..., a.a.O.

⁷⁰ Vgl. FAZ-Informationendienste, Länderanalyse Ukraine/Weißrußland. Frankfurt a.M., 1993.

⁷¹ Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 5. April 1993.

⁷² Vgl. Handelsblatt vom 28. Januar 1993 und FAZ-Informationendienste ..., a.a.O., S. 15.

⁷³ Vgl. PlanEcon, 1993, S. 10.

⁷⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 28. Januar 1993.

⁷⁵ Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 5. April 1993.

Bewertung und Ausblick

Externe Rahmenbedingungen

Der Zerfall der Sowjetunion hatte für Weißrußland besonders nachteilige Folgen. Im Geflecht der zentral geplanten Produktions- und Preisstrukturen fiel dem Land die Rolle eines Verarbeitungsstandorts zu, der auf die Lieferung von Energie und industriellen Rohstoffen aus anderen Republiken, vor allem aber aus der Russischen Föderation, angewiesen war. Die Preise dieser Vorleistungen lagen in der Regel weit unter Weltmarktniveau. Als Folge der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien im Außenhandel haben sich die Preise für importierte Vorleistungen zwangsläufig an die Weltmarktpreise angepaßt, während sich die Exporterlöse nicht in vergleichbarem Umfang erhöht haben. Es wird geschätzt, daß Weißrußland insgesamt eine Verschlechterung der Terms-of-Trade in der Größenordnung von 30 vH zu verkräften haben wird. Ein erheblicher Teil dieser Verschlechterung dürfte sich 1992 bereits eingestellt haben und bildet eine zusätzliche Hypothek für den Transformationsprozeß.

Die fortbestehenden hohen Handelsbilanzdefizite mit der russischen Föderation zeigen, daß sich der Verbleib Weißrußlands in der Rubelzone sowie der Versuch einer zentralen Lenkung des Außenhandels im Rahmen eines bilateralen Handelsabkommens nicht ausgezahlt haben. Das Fehlen multilateraler Clearing-Einrichtungen hatte überdies zur Folge, daß Überschüsse im Handel mit anderen GUS-Mitgliedern nicht mit dem Defizit im Rußland-Handel verrechnet werden konnten. Da das Zustandekommen einer Clearing-Einrichtung fraglich und ihr Funktionieren zweifelhaft ist, könnte Weißrußland den notwendigen einschneidenden Strukturwandel im Außenhandel leichter bewältigen, wenn sich die Regierung dazu entschließen würde, eine eigene Währung mit einheitlichem Wechselkurs und zumindest einer Handelsbilanz-Konvertibilität einzuführen. Die bisher ausgegebenen weißrussischen Rubel reichen für diesen Zweck nicht aus, denn sie sind im Kern nur Rationierungscoupons für den Erwerb von Grundnahrungsmitteln und haben überdies vielfach gespaltene Wechselkurse.

Ein zusätzliches Problem für die Neustrukturierung des weißrussischen Außenhandels liegt darin, daß bisher der Marktzugang in den wichtigsten potentiellen Abnehmerländern — der Europäischen Gemeinschaft — nicht gewährleistet ist. Zwar gelten seit Januar 1993 für die GUS-Mitglieder dieselben allgemeinen Zollpräferenzen wie für die Mehrzahl der Entwicklungsländer. „Sensible“ Produkte etwa im Agrar- und Textilbereich, wo Weißrußland am ehesten über exportfähige Produktionen verfügen dürfte, sind aber hiervon ausgenommen und unterliegen weiterhin mengenmäßigen Beschränkungen. Wenn die EG wirksame Hilfe für den Transformationsprozeß in Weißrußland leisten will, bietet die Marktöffnung einen ersten wichtigen Ansatzpunkt.

Ziele und Ergebnisse der Reformpolitik

Beim Übergang zur Marktwirtschaft hat sich die weißrussische Regierung für eine graduelle Strategie entschieden, bei der die Stützung der Produktion, die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die soziale Abfederung der Bevölkerung Vorrang vor Fortschritten in der Systemtransformation hatten. Diesen Zielen dienten Kredite und Subventionen für Staatsbetriebe und die Landwirtschaft, weitreichende staatliche Lieferbindungen, staatlich festgelegte Preise verbunden mit umfangreichen Preissubventionen sowie direkte staatliche Sozialleistungen. Die Erfolge dieser staatlichen Lenkung halten sich in engen Grenzen. Zwar fiel der Produktionseinbruch 1992 mit 11 vH erheblich geringer aus als in der Russischen Föderation (—19 vH), jedoch deutet der erneute Rückgang des produzierten Nationaleinkommens im ersten Quartal 1993 um 14 vH darauf hin, daß die Anpassungskrise ihren Tiefpunkt bei weitem noch nicht erreicht hat und die Talfahrt durch die ergriffenen Maßnahmen vielleicht etwas verzögert, aber kaum entscheidend verringert werden kann. In diese Richtung deuten auch der Rückgang der Anlageinvestitionen im Jahre 1992 und die Verdoppelung der Anzahl der Arbeitslosen im ersten Quartal 1993. Hinsichtlich der sozialen Lage der Bevölkerung ergibt sich eine ähnliche Schlußfolgerung. Trotz der Erhöhung der Löhne, der Transferzahlungen und der Preissubventionen haben sich vor allem als Folge der Inflation die Realeinkommen der privaten Haushalte verringert und wohl auch die Versorgungslage verschlechtert.

Auf der Passivseite dieser Bilanz stehen die enormen volkswirtschaftlichen Kosten des eingeschlagenen Reformweges. Wegen der überbordenden Ausgaben für Sozialleistungen einschließlich Preissubventionen verliert die Regierung ihre Handlungsfähigkeit bei der notwendigen Unterstützung der Systemtransformation etwa durch Infrastrukturinvestitionen. Zudem steigt bei den noch bescheidenen Steuereinnahmen das Haushaltsdefizit, das durch Geldschöpfung finanziert werden muß. Defizitfinanzierung und die staatlich gelenkte Kreditexpansion zugunsten der Staatsunternehmen haben die dringliche Reform des Bankensektors unmöglich gemacht und vor allen Dingen zu hyperinflationären Tendenzen beigetragen, die in monatlichen Inflationsraten von 30 vH im ersten Quartal 1993 ihren Ausdruck finden. Wird die bisherige Politik fortgeführt, ist eine weitere Inflationsbeschleunigung nicht aufzuhalten. Und schließlich führen hohe Inflationsraten im Verein mit einer straffen staatlichen Regulierung der Preise zur erheblichen Verzerrung der Preisrelationen, die falsche Anreize für den Strukturwandel geben. Auch für die Regierung ist bei diesen Preisstrukturen nicht erkennbar, wo besondere Engpässe bestehen, und welche Reformschritte demzufolge besonders dringlich wären.

Die unzulängliche Datenlage läßt es nicht zu, die Gewinner und Verlierer des eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Weges eindeutig zu identifizieren. Zu vermuten ist allerdings, daß es letztlich die staatlichen Industriebetriebe

waren, die sich auf Kosten der privaten Haushalte Ressourcen aneignen konnten. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß sich hierdurch die Voraussetzungen für ein Ende der Anpassungskrise verbessert haben, weil die überkommenen Produktionsstrukturen bisher kaum verändert worden sind und dafür auch keine Anreize bestanden. Dieser empirische Befund führt dazu, der weißrussischen Regierung einen Wechsel in ihren wirtschaftspolitischen Prioritäten zu empfehlen. An die Stelle der bisher verfolgten Strukturkonservierung sollten auch im Hinblick auf die besonderen externen Bedingungen des Landes verstärkte Anreize für den Strukturwandel treten. Dies ist kein Plädoyer für eine staatliche Förderung von sogenannten Schlüsselbereichen, sondern würde bedeuten, daß in der Wirtschaftspolitik die ordnungspolitischen Grundvoraussetzungen für marktwirtschaftliche Prozesse geschaffen werden. Wie bereits im Dezember 1992 ausgeführt, gehören hierzu die schon angesprochene Einführung einer eigenen Währung ebenso wie die Stabilisierung des Preisniveaus, harte Budgetrestriktionen für Staatsunternehmen in Verbindung mit einer Kapitalmarktreform, die auch Privatinvestoren Zugang zu Krediten verschafft, eine weitgehende Preisliberalisierung und eine Eigentumsordnung, die durch Privatisierungsanstrengungen mit Leben erfüllt wird. In allen genannten Bereichen sind bis zum Mai 1993 kaum Fortschritte zu verzeichnen gewesen.

Eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik in die ange deutete Richtung bedeutet nicht die Aufgabe sozialpolitischer Ziele. Angesichts der Rolle der Staatsunternehmen als Garanten sozialer Leistungen und der notwendigen sozialen Abfederung des Strukturwandels hat die Sozialpolitik hohe Priorität, auch um die notwendige öffentliche Unterstützung für den Reformprozeß zu sichern. Notwendig

ist jedoch der Übergang zu einer subjektbezogenen Sozialpolitik und die Abkehr von Preissubventionen. Außerdem muß die Finanzierung des sozialen Netzes in einem stärkeren Maße aus Beiträgen und nicht nur über den Staatshaushalt erfolgen, wenn das Stabilisierungsziel nicht gefährdet werden soll.

Ansatzpunkte westlicher Hilfe

Der Transformationsprozeß in Weißrußland wird durch zwei unverschuldete Belastungen erschwert: den Terms-of-Trade-Schock und die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe. In beiden Bereichen können die westlichen Industrieländer und darunter auch die Bundesrepublik Deutschland zu einer Entlastung beitragen. Zum einen geht es um eine Unterstützung der Exportexpansion durch eine rasche Öffnung insbesondere der EG-Märkte für Produkte, bei denen Weißrußland wettbewerbsfähig ist, auch wenn es sich dabei um sogenannte sensible Produkte handelt. Und zum anderen braucht Weißrußland technische wie finanzielle Hilfe zur Finanzierung und Durchführung von Rehabilitations- und Umsiedlungsprogrammen für die Tschernobyl-Opfer. Ob darüber hinausgehende finanzielle Hilfe nicht nur den Status quo zementiert, sondern den Transformationsprozeß voranbringen kann, muß derzeit bezweifelt werden. Zwar ließe sich mit projektgebundener externer Unterstützung etwa die Infrastruktur des Landes verbessern, jedoch würde dies nicht die erhoffte gesamtwirtschaftliche Wirkung nach sich ziehen, solange nicht die Weichen entschiedener in Richtung Marktwirtschaft gestellt sind. Eine solche Weichenstellung könnte allerdings durch technische Hilfe, insbesondere beim Aufbau wirtschaftspolitischer Institutionen, erleichtert werden.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 8. Juli 1993

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Konflikt zwischen sozialen Prioritäten und Systemtransformation?

Zweiter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —